

Gesundheitsreform

Grobes Foul gegen Versicherte

Das verhandelt die Große Koalition:

- ▶ Gesundheitsfonds mit gedeckelten Einnahmen.
- ▶ Zusätzliche “Kopfpauschalen” für Versicherte.
- ▶ Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags.
- ▶ Privilegien der Privatversicherungen erhalten.
- ▶ Ende gleicher Leistungen für Alle.

Das wären die Folgen:

- ▶ Solidarausgleich zwischen Jungen und Alten und zwischen Gesunden und Kranken wird zerstört.
- ▶ Versicherte werden noch mehr belastet.
- ▶ Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung wird endgültig zerschlagen.
- ▶ Besserverdienende können sich weiterhin aus der Solidargemeinschaft verabschieden.
- ▶ Weg in die Zwei-Klassen-Medizin wird beschleunigt.

Bisher verhandelt die Große Koalition hinter verschlossenen Türen. Doch die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Eckpunkte einer Gesundheitsreform lassen Schlimmes befürchten: Der sozialen Krankenversicherung droht das Aus! Die IG Metall kritisiert die Pläne. Nicht weniger, sondern mehr Solidarität ist notwendig, damit alle Menschen in Deutschland eine gute Versorgung erhalten und die Krankenversicherung sozial gerecht finanziert wird.

Reform mit gefährlichen Wirkungen

Noch hat sich die Große Koalition nicht auf alle Details der Gesundheitsreform verständigt. Täglich werden neue, zum Teil widersprüchliche Meldungen in der Presse verbreitet. Doch die bekannt gewordenen Eckpunkte lassen die Alarmglocken schrillen: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Kopfpauschalen und unterschiedliche Leistungskataloge würden die soziale Krankenversicherung zerstören. Der Weg in die Zwei-Klassen-Medizin wäre zementiert. Der IG Metall-Vorstand hat die Pläne kritisiert. Gemeinsam mit dem DGB und gesellschaftlichen Bündnispartnern setzt sich die IG Metall für eine solidarische Gesundheitsreform ein.

Die Pläne der Koalition

Die Bundesregierung will einen sogenannten Gesundheitsfonds einführen, in den Arbeitnehmer und Arbeitgeber einzahlen. Der am Einkommen orientierte prozentuale Beitrag soll gedeckelt werden. Die Höhe der Beiträge wird nicht mehr von den selbstverwalteten Kassen, sondern von der Bundesregierung festgelegt.

Ergänzt werden soll der Fonds, wenn die Mittel nicht ausreichen, durch eine "Kopfpauschale". Diese wird nur von den Versicherten aufgebracht.

Kassen, die die Fondsmittel nicht ausschöpfen, sollen den Überschuss an ihre Versicherten zurückerzahlen können.

Der Wettbewerb der Krankenkassen um "gute" Versicherungsrisiken soll verschärft werden. Dafür

soll das Beitrags- und Leistungsrecht dereguliert werden. Das heißt: Es gibt unterschiedliche Angebote der Krankenkassen.

Die Privilegien der Privaten Krankenversicherungen sollen erhalten bleiben. In der Koalition wird noch darüber gestritten, ob die Privaten eine Art "Solidarbeitrag" zahlen müssen.

Das wären die Folgen

Deckelung bei den Beiträgen zum Gesundheitsfonds, das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge und "Kopfpauschale" bedeuten: Weitere Belastung der Versicherten. Sie allein würden die zukünftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen tragen müssen.

Durch die Einführung unterschiedlicher Versicherungstarife und durch die "Kopfpauschale" würde der Solidarausgleich zwischen

Jungen und Alten sowie zwischen Gesunden und Kranken zerstört.

Die Verschärfung des Konkurrenzkampfes der Kassen um Besserverdienende und überdurchschnittlich gesunde Versicherte wäre schädlich. Denn die damit verbundene Deregulierung des Beitrags- und Leistungsrechts beschleunigt den Weg in die Zwei-Klassen-Medizin. Nicht alle erhalten eine gleich gute Versorgung. Dies ginge zu Lasten chronisch Kranker und sozial schwacher Menschen.

Der weitgehende Erhalt der Privilegien der Privaten Krankenversicherungen zementiert die Ungerechtigkeiten. Die Finanzprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung werden nicht gelöst, weil sich Besserverdienende weiterhin aus der Solidargemeinschaft verabschieden können.

Leistungsfähige Gesundheitsversorgung für Alle - Keine Zwei-Klassen-Medizin!

Das sind die Forderungen der IG Metall:

- ▶ Alle Bevölkerungsteile in Deutschland, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Politiker und Besserverdiener in eine solidarische Bürgerversicherung einbeziehen, um sie am Solidarausgleich zu beteiligen.
- ▶ Paritätische Finanzierung der Beiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- ▶ Beitragsbemessungsgrenze anheben und auch Kapitaleinkünfte (Zinsen und Dividenden) zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung heranziehen.
- ▶ Vorbeugung und Gesundheitsvorsorge fördern; Fehl-, Über- und Unterversorgung abbauen.
- ▶ Selbstverwaltung der Krankenkassen stärken.
- ▶ Markt- und Verhandlungsmacht der kassenärztlichen Vereinigungen, der Pharmaindustrie und der Apothekerlobby begrenzen.